

Beschluss der Vertreterversammlung des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages vom 24.06.2021

Jahr 2021

Veröffentlicht am XX.XX.2021

2. Beschluss: Allgemeine Honorar-Kriterien (AHK)

2. Beschluss der Vertreterversammlung, mit dem die AHK neu erlassen werden

Die Vertreterversammlung hat beschlossen:

1. Teil Sachlicher Anwendungsbereich

- § 1. Honorarvereinbarung
- § 2. Beurteilung der Angemessenheit des Honorars
- § 3. *[aufgehoben]*
- § 4. *[aufgehoben]*

2. Teil Zivil- und Verwaltungssachen

- § 5. Bemessungsgrundlagen
- § 6. Anwendung des RATG
- § 7. Streitgenossenzuschlag und andere Honorarzuschläge
- § 8. Weitere Honoraransätze

3. Teil Straf- und Disziplinarsachen

- § 9. Honoraransätze
- § 10. Anwendung des RATG
- § 11. Einheitssatz
- § 12. Erfolgzuschlag
- § 13. Verwaltungsstrafsachen

4. Teil Sonstige Bestimmungen

- § 14. Empfangnahme, Verbuchung, Verwahrung oder Ausfolgung von Geld
- § 15. Tätigwerden außerhalb des Ortes des Kanzleisitzes
- § 16. Honorarzuschläge Nacht, Wochenende und Feiertage
- § 17. Gesonderte Vergütung aller Auslagen

§ 18. Bedachtnahme auf vergleichbare Leistungen zur Beurteilung der Angemessenheit

§ 19. Veröffentlichung der AHK

1. Teil Sachlicher Anwendungsbereich

Honorarvereinbarung

§ 1. (1) Der Honoraranspruch des Rechtsanwalts ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. In Ermangelung einer Vereinbarung wird vorbehaltlich gesetzlicher Honorarregeln gemäß §§ 1004, 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet.

(2) Für eine Honorarvereinbarung wird Schriftform empfohlen.

Beurteilung der Angemessenheit des Honorars

§ 2. (1) Nach gefestigter Standesauffassung dienen im Interesse der Rechtspflege insbesondere zum Schutz der Auftraggeber die nachstehenden Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit des Honorars.

(2) Die Honoraransätze setzen Leistungen eines Rechtsanwalts voraus. Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Honorars ist zu berücksichtigen, ob diese Leistungen nach Art oder Umfang den Durchschnitt erheblich übersteigen oder unterschreiten.

§ 3. [aufgehoben]

§ 4. [aufgehoben]

2. Teil Zivil- und Verwaltungssachen

Bemessungsgrundlagen

§ 5. Als Bemessungsgrundlagen für Honoraransätze (§ 2) können, soweit sich nicht auf Grund des Interesses des Auftraggebers oder aus der Sache selbst ein anderer Wert ergibt, nachstehende Beträge als angemessen betrachtet werden:

1. Abgabensachen (Steuern, Gebühren und Beiträge)
 - a) bei Streitigkeiten der strittige Betrag,
 - b) für Abgabenerklärungen (Selbstberechnungen) nach §§ 30 b und 30 c EStG 1988 der Wert der Gegenleistung iSd § 5 GrEStG 1987, falls jedoch eine solche nicht vorhanden ist, der Grundstückswert iSd § 4 GrEStG 1987,
 - c) bei sonstigen Abgabenerklärungen (Selbstberechnungen) der Wert der steuerlichen Bemessungsgrundlage,
 - d) sonst 4 000 Euro;
2. Adoptionssachen
 - a) der Wert des Vermögens des an Kindes Statt Annehmenden,
 - b) sonst 7 700 Euro;
3. Agrarsachen
 - a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag,
 - b) oder der Verkehrswert des betreffenden Rechtes,
 - c) sonst 14 400 Euro;
4. Bausachen

- a) geringfügige 7 700 Euro,
 - b) mittlere 28 800 Euro,
 - c) Großprojekte 238 900 Euro;
5. Bergrechtssachen 47 500 Euro;
6. Bestandsachen der dreifache Jahresbestandzins, sonst
- a) bei Geschäftsräumlichkeiten 14 400 Euro,
 - b) bei Wohnungen bis zu drei Wohnräumen 7 700 Euro,
 - c) bei sonstigen Wohnungen 11 600 Euro,
 - d) in Verfahren gemäß § 18 des Mietrechtsgesetzes der dreifache Jahresbetrag der Mietzinserhöhung;
7. Dienstbarkeits- und Reallastsachen
- a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag oder der Verkehrswert des betreffenden Rechtes,
 - b) sonst 7 700 Euro;
8. Dienstrechtssachen (ausgenommen Disziplinarsachen) drei Jahresbezüge;
9. Elektrizitätssachen 14 400 Euro;
10. Enteignungssachen
- a) der geltend gemachte Entschädigungsbetrag,
 - b) sonst 2 900 Euro;
11. Fischereisachen
- a) der dreifache Jahrespachtzins,
 - b) sonst 14 400 Euro;
12. Forstrechtssachen, soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen handelt,
- a) für Besitz bäuerlichen Umfangs 14 400 Euro,
 - b) für Großwaldbesitz 143 900 Euro;
13. Gewerbesachen, soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen im Betriebsanlagenrecht handelt,
- a) für Kleinbetriebe 14 400 Euro,
 - b) für mittlere Betriebe 47 500 Euro,
 - c) für größere Betriebe 95 000 Euro,
 - d) für Großbetriebe 238 900 Euro;
14. Gewerblicher Rechtsschutz und Immaterialgüterrecht 47 500 Euro;
15. Grenzberichtigungs- und -erneuerungssachen
- a) der Wert der strittigen Fläche,
 - b) sonst 6 000 Euro;
16. Insolvenzsachen (Vertretung des Schuldners)
- a) im Sanierungsverfahren das Erfüllungserfordernis (einschließlich der Masseforderungen),
 - b) *[aufgehoben]*,
 - c) bei sonstiger Beendigung des Insolvenzverfahrens das zu verteilende Vermögen,
 - d) sonst 14 400 Euro,
 - e) Leistungen in Insolvenzsachen, die sich auf Aus- oder Absonderungsrechte beziehen, sind gesondert zu bewerten;

17. Jagdrechtssachen
 - a) der dreifache Jahrespachtzins,
 - b) sonst 28 800 Euro;
18. Kartellsachen
 - a) Bagatellkartell oder Vertriebsbindungen 47 500 Euro
 - b) sonst 191 400 Euro;
19. in Angelegenheiten des Kraftfahrzeuggesetzes 1967 und des Führerscheingesetzes 11 600 Euro;
20. letztwillige Verfügungen
 - a) der Wert des Vermögens über das verfügt wird,
 - b) sonst 6 000 Euro;
21. im Liegenschaftsverkehr die Kaufsumme, der Verkehrswert oder die nach den für Notare geltenden Bestimmungen zulässige Bemessungsgrundlage;
22. Mediensachen
 - a) Verfahren vor den für Mediensachen zuständigen Gerichtshöfen und Kommissionen sowie Entgegnungen: Honoraransprüche gemäß § 9 Abs. 1 Z 2 und § 10,
 - b) Verfahren vor Verwaltungsbehörden: Honoraransprüche gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 und § 10;
23. Personenstandsachen 11 600 Euro;
24. Pflegschaftssachen, mit Ausnahme von Unterhaltssachen, 6 000 Euro;
25. in Angelegenheiten der Erwachsenenvertretung
 - a) der Wert des betroffenen Vermögens,
 - b) sonst 7 700 Euro;
26. Staatsbürgerschaftssachen 11 600 Euro;
27. Todeserklärungssachen
 - a) der Wert des Vermögens des für tot zu Erklärenden,
 - b) sonst 7 700 Euro;
28. Umweltschutzsachen
 - a) im Betriebsanlagenrecht, Dampfkessel-Emissions- und Luftreinhalterecht, Forst- und Wasserrecht sowie Entsorgungsrecht im Zusammenhang mit Großanlagen 47 500 Euro,
 - b) sonst 14 400 Euro;
29. Urheber- und Verlagsrechtssachen 47 500 Euro;
30. Vereinssachen
 - a) der Wert des Vermögens,
 - b) sonst 11 600 Euro;
31. Verlassenschaftssachen
 - a) bei schriftlicher Abhandlungspflege Bemessungsgrundlage gemäß § 3 Gerichtskommissionstarifgesetz,
 - b) bei sonstiger Vertretung der Wert des Anspruches;
32. Wasserrechtssachen soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen handelt 14 400 Euro;
33. Wohnungseigentumssachen (ausgenommen Liegenschaftsverkehr nach Z 21)
 - a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag
 - b) sonst 7 700 Euro;
34. sonstige Zivil- und Verwaltungssachen

- a) sehr einfacher Natur und von geringer Bedeutung 4 400 Euro,
 - b) im allgemeinen 17 600 Euro,
 - c) bei weittragender Bedeutung 46 200 Euro;
35. in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten wegen der Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt, einschließlich Beschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz 28 800 Euro;
36. Patientenverfügungen 17 600 Euro;
37. Vorsorgevollmachten
- a) der Wert des Vermögens
 - b) sonst 17 600 Euro.

Anwendung des RATG

§ 6. (1) Die Berechnung des Honorars kann unter sinngemäßer Anwendung des RATG in seiner jeweiligen Fassung erfolgen, insbesondere durch Anwendung der Bestimmungen über den Einheitssatz und der TP 1 bis 3 und 5 bis 9 RATG.

(2) Eine Verbindungsgebühr in Höhe von 25 Prozent der auf den Schriftsatz entfallenden Entlohnung kann verrechnet werden, wenn die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung beantragt wird oder mit einem Rechtsbehelf der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bekämpft wird.

Streitgenossenzuschlag und andere Honorarzuschläge

§ 7. (1) In den Fällen, in denen ein Rechtsanwalt mehrere Personen vertritt oder ihm mehrere Personen gegenüberstehen, können als Streitgenossenzuschlag folgende Prozentsätze des Honorars als angemessen betrachtet werden:

- a) wenn nur auf einer Seite zwei vom Rechtsanwalt vertretene oder ihm gegenüberstehende Personen vorhanden sind 10 Prozent,
- b) für jede weitere von ihm vertretene und für jede weitere ihm gegenüberstehende Person je 5 Prozent

(2) Bei Abrechnung des Honorars nach Einzelleistungen kann der Ansatz nach TP 7/2 (Abs. 1 letzter Satz) RATG auch für ein Aktenstudium in der eigenen Kanzlei angewendet werden, das nach Art und Umfang das zur Vorbereitung anwaltlicher Leistungen üblicherweise notwendige Aktenstudium erheblich (im Sinne des § 2 Abs 2) übersteigt.

(3) Ungeachtet darüber hinausgehender Antrags- und Prüfungserfordernisse kann die kanzleiinterne Recherche im Zusammenhang mit den Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nach TP 7/2 RATG verrechnet werden.

Weitere Honoraransätze

§ 8. (1) Für die Vertretung vor übernationalen Tribunalen und Entscheidungsträgern, dem Verfassungsgerichtshof oder Verwaltungsgerichtshof kann für Beschwerden, Revisionen, Gegenschriften und die Verrichtung von mündlichen Verhandlungen sowie für Parteienanträge auf Normenkontrolle der doppelte Betrag der TP 3C RATG als angemessen betrachtet werden.

(2) Für Rechtsgutachten kann der Honoraransatz gemäß TP 3 RATG bis zum doppelten Betrag der TP 3C RATG als angemessen betrachtet werden.

(3) Für Verhandlungen kontradiktorischen Charakters kann der Honoraransatz gemäß TP 3A RATG als angemessen betrachtet werden. Für das Schreiben, welches inhaltlich einem Schriftsatz nach TP 3A RATG entspricht und die Geltendmachung oder Abwehr von Ansprüchen zum Gegenstand hat, insbesondere das Aufforderungsschreiben in Amtshaftungs- und Versicherungsschadenssachen, können die Honoraransätze nach dieser Tarifpost als angemessen betrachtet werden.

(4) In Enteignungssachen kann für die Zeit, in der über die Enteignungssache der eigenen Partei verhandelt wird, je angefangene Stunde, das Honorar gemäß TP 3 RATG, für die übrige, notwendige Zeit der Anwesenheit bei der Enteignungsverhandlung das Honorar gemäß TP 2 RATG als angemessen betrachtet werden.

(5) Für die Verfassung von Urkunden, Verträgen und sonstigen Erklärungen jeder Art einschließlich letztwilliger Verfügungen können die Ansätze des Notariatstarifes unter Zugrundelegung der Bemessungsgrundlagen der AHK als angemessen betrachtet werden. Für die Begutachtung fremder Verträge kann ein Ansatz nach TP 3A bis TP 3C RATG als angemessen betrachtet werden.

(6) Für Abgabenerklärungen nach dem GrESTG sowie nach §§ 30b und 30c EStG 1988 kann jeweils der Ansatz nach TP 1 bis TP 3A RATG als angemessen betrachtet werden.

(7) Wird ein Rechtsanwalt als Schiedsrichter tätig, so können auf seine Leistungen die Bestimmungen des RATG sinngemäß angewendet werden, sofern nicht eine andere Vereinbarung getroffen wird.

3. Teil Straf- und Disziplinarsachen

Honoraransätze

§ 9. (1) In offiziosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen sind als Honoraransätze angemessen:

1. In bezirksgerichtlichen Verfahren:
 - a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 182 Euro und für jede weitere halbe Stunde 91 Euro.
 - b) Für die Ausführung der vollen Berufung und die Gegenausführung dazu 360 Euro.
 - c) Für die Ausführung der Berufung nur wegen Strafe und die Gegenausführungen dazu 270 Euro.
 - d) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. b für die erste halbe Stunde 360 Euro und für jede weitere halbe Stunde 180 Euro.
 - e) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. c für die erste halbe Stunde 270 Euro und für jede weitere halbe Stunde 135 Euro.
2. In einzelrichterlichen Verfahren des Gerichtshofes mit Ausnahme der im § 61 Abs. 1 Z 5 StPO angeführten Verfahren:
 - a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 316 Euro und für jede weitere halbe Stunde 158 Euro.
 - b) Für die Ausführung der vollen Berufung und die Gegenausführung dazu 628 Euro.
 - c) Für die Ausführung der Berufung nur wegen Strafe und die Gegenausführungen dazu 472 Euro.
 - d) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. b für die erste halbe Stunde 628 Euro und für jede weitere halbe Stunde 314 Euro.
 - e) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. c für die erste halbe Stunde 472 Euro und für jede weitere halbe Stunde 236 Euro.
3. In schöffengerichtlichen Verfahren und in einzelrichterlichen Verfahren gemäß § 61 Abs. 1 Z 5 StPO:
 - a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 450 Euro und für jede weitere halbe Stunde 225 Euro.
 - b) Für die Ausführung der Berufung und die Gegenausführungen dazu 672 Euro.
 - c) In Berufungsverhandlungen für die erste halbe Stunde 672 Euro und für jede weitere halbe Stunde 336 Euro.
 - d) Für die Ausführung der Nichtigkeitsbeschwerde und die Gegenausführungen dazu 896 Euro.
 - e) Bei Gerichtstagen über Nichtigkeitsbeschwerden für die erste halbe Stunde 896 Euro und für jede weitere halbe Stunde 448 Euro.
4. In geschworenengerichtlichen Verfahren:

- a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 538 Euro und für jede weitere halbe Stunde 269 Euro.
- b) Für die Ausführung der Berufung und die Gegenausführungen dazu 806 Euro.
- c) In Berufungsverhandlungen für die erste halbe Stunde 806 Euro und für jede weitere halbe Stunde 403 Euro
- d) Für die Ausführung der Nichtigkeitsbeschwerde und die Gegenausführungen dazu 1 074 Euro.
- e) Bei Gerichtstagen über Nichtigkeitsbeschwerden für die erste halbe Stunde 1 074 Euro und für jede weitere halbe Stunde 537 Euro.

5. In Haftverfahren:

- a) In Verhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 316 Euro und für jede weitere halbe Stunde 158 Euro.
- b) Für Grundrechtsbeschwerden 628 Euro und für sonstige Beschwerden 450 Euro.
- c) In Verhandlungen 2. Instanz für die erste halbe Stunde 450 Euro und für jede weitere halbe Stunde 225 Euro.

(2) Wird in den Fällen des Abs. 1 Z 3 oder Z 4 zugleich mit der Nichtigkeitsbeschwerde auch Berufung erhoben, ist ein Zuschlag in Höhe von 20 Prozent zu den Honoraransätzen gemäß Abs. 1 Z 3 lit. d und lit. e bzw. Abs. 1 Z 4 lit. d und lit. e angemessen.

Anwendung des RATG

§ 10. (1) Für Leistungen des Rechtsanwalts in offiziosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen, die nicht in § 9 erwähnt sind, sind die Honoraransätze der TP 1 bis 3 und TP 5 bis 9 RATG unter Zugrundelegung folgender Bemessungsgrundlagen angemessen:

- 1. 6 000 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 1
- 2. 14 400 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 2
- 3. 23 000 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 3
- 4. 28 800 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 4
- 5. in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 5 entsprechend Z 1 bis 4,
- 6. mangels Bestimmbarkeit 14 400 Euro.

(2) Im Sinne des Abs. 1 sind für die Honorarberechnung angemessen:

- 1. TP 2 RATG für die Kostenbestimmungsanträge, Schriftsätze, mit denen nur Vollmachten vorgelegt, Rechtsmittelverzichte bekannt gegeben sowie Rechtsmittel angemeldet werden; ganz kurze Anträge oder sonstige Mitteilungen an das Gericht;
- 2. TP 3A RATG für Anträge, soweit sie nicht dem Umfang oder Inhalte nach als ganz kurz anzusehen sind, Enthaltungsanträge, Anträge an den Staatsanwalt und das Gericht im Ermittlungsverfahren auf Erlassung von Anordnungen, Bewilligungen, Entscheidungen und dergleichen mehr;
- 3. TP 3B RATG für Rechtsmittel in Strafverfahren, die nicht schon in § 9 angeführt sind, insbesondere Einsprüche gegen die Anklageschrift und Beschwerden gemäß § 87 StPO sowie Einsprüche gemäß § 106 StPO.

(3) Der Streitgenossenzuschlag für jede weitere verteidigte Partei ist mit 30% des Honoraransatzes angemessen.

(4) Für das Zuwarten nach einer halben Stunde, für die Beratungszeit und für das Erscheinen zu einer nicht stattfindenden Verhandlung kann der Honoraransatz gemäß TP 7/2 RATG verrechnet werden.

(5) Ist ein Rechtsanwalt in demselben Verfahren gleichzeitig als Verteidiger und als Privatbeteiligten-Vertreter tätig, so gebührt ihm für jede dieser Leistungen die volle Entlohnung seiner Leistungen. Erbringt er diese Leistungen für dieselbe Person, so ermäßigt sich die Entlohnung als Verteidiger um die Hälfte der als Privatbeteiligten-Vertreter gebührenden Entlohnung.

Einheitssatz

§ 11. Die Bestimmungen über den Einheitssatz gemäß § 23 RATG können sinngemäß angewendet werden; in diesem Falle gelten auch die Leistungen gemäß § 9 als Bemessungsgrundlage des Einheitssatzes.

Erfolgszuschlag

§ 12. In officiosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen kann ein Erfolgszuschlag bis zu 50% des Honorarbetrages verrechnet werden; dies insbesondere, wenn das Verfahren eingestellt wird oder das Urteil auf Freispruch lautet oder ein wegen eines Verbrechens Angeklagter wegen eines Vergehens oder eines mit einem niedrigeren Strafsatz bedrohten Verbrechens verurteilt wird.

Verwaltungsstrafsachen

§ 13. (1) Die Kriterien der §§ 8 Abs. 1 sowie 9 bis 12 sind sinngemäß anzuwenden auf Leistungen des Rechtsanwalts in

1. Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen, die mit Geldstrafe bis zu 730 Euro bedroht sind, gemäß § 9 Abs. 1 Z 1;
2. Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen, die mit Geldstrafe bis zu 2.180 Euro bedroht sind, gemäß § 9 Abs. 1 Z 2;
3. Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen, die mit Geldstrafe zwischen 2.180 Euro bis 4.360 Euro bedroht sind, gemäß § 9 Abs. 1 Z 3;
4. Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen, die mit Geldstrafe über 4.360 Euro bedroht sind sowie alle Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen, die neben einer Geldstrafe auch mit Haft bedroht sind, gemäß § 9 Abs. 1 Z 4;
5. Finanzstrafverfahren, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte fallen, gemäß § 9 Abs. 1 Z 3;
6. Disziplinarverfahren, je nach Schwere des Vorwurfes, gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 bis Z 3.

(2) Sind mehrere Verwaltungsstrafsachen Gegenstand eines gemeinsamen Verfahrens, so sind bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage die einzeln angedrohten Strafen zusammenzurechnen.

(3) Ist der Verfall von Gegenständen angedroht, erhöht sich die Bemessungsgrundlage jeweils um den Wert derselben.

(4) Auf Leistungen im Rechtsmittelverfahren in Verwaltungsstrafsachen ist § 9 insofern sinngemäß anzuwenden, als gleich officiosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen zu unterscheiden ist, ob das Rechtsmittel sich auf die Bekämpfung der Strafhöhe beschränkt oder darüber hinausgeht. Bei Ermittlung der Bemessungsgrundlage sind die für das erstinstanzliche Verfahren geltenden Kriterien angemessen.

4. Teil

Sonstige Bestimmungen

Empfangnahme, Verbuchung, Verwahrung oder Ausfolgung von Geld

§ 14. (1) Für die Empfangnahme, Verbuchung, Verwahrung oder Ausfolgung von Geld oder Wertpapieren, Spar- oder Einlagebüchern - ausgenommen die Gebarung mit Wechseln, Schuldurkunden, Zeugen-, Sachverständigen- sowie Zustellungsgebühren und dergleichen mehr - können die Ansätze des Notariatstarifes herangezogen werden.

(2) Erfolgt die Empfangnahme oder Ausfolgung gemäß Abs. 1 nicht in der Kanzlei des Rechtsanwalts, kann überdies für die Bemühung zum Empfangs- oder Ausfolgungsort das Honorar gemäß TP 7 RATG angemessen sein.

Tätigwerden außerhalb des Ortes des Kanzleisitzes

§ 15. Wird der Rechtsanwalt außerhalb des Ortes, in dem sich sein Kanzleisitz oder seine Niederlassung befindet, tätig, kann die Kilometergeldentschädigung nach den Sätzen der Reisegebührenvorschrift des Bundes in der höchsten Dienstklasse für die Benützung eines eigenen Kraftfahrzeuges (im Falle der Notwendigkeit auch eines Mietkraftwagens) und der Ersatz des tatsächlichen Verpflegungs- und Nächtigungsaufwandes als angemessen betrachtet werden.

Honorarzuschläge Nacht, Wochenende und Feiertage

§ 16. Zu den Honoraransätzen für Leistungen eines Rechtsanwalts, die aus gerechtfertigten Gründen zwischen 20 Uhr und 8 Uhr oder an Samstagen oder Sonn- und Feiertagen erbracht werden, kann ein Zuschlag in Höhe von 100 Prozent als angemessen betrachtet werden.

Gesonderte Vergütung aller Auslagen

§ 17. (1) Die Bestimmung des § 16 RATG über die gesonderte Vergütung aller Auslagen einschließlich der Umsatzsteuer gilt auch für jene Leistungen, deren Entlohnung nicht durch das RATG bestimmt werden.

(2) Für den Versand von elektronischen Nachrichten über sichere Kommunikationswege kann die Verrechnung von 50 Cent pro Nachricht als Barauslage als angemessen angesehen werden, sofern im Einzelfall kein höherer Aufwand nachgewiesen wird.

Bedachtnahme auf vergleichbare Leistungen zur Beurteilung der Angemessenheit

§ 18. Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Entlohnung für Leistungen eines Rechtsanwalts, die von den vorstehenden besonderen Kriterien (Teil 2 und 3) nicht erfasst sind, kann auf Kriterien für vergleichbare Leistungen Bedacht genommen werden.

Veröffentlichung der AHK

§ 19. Die AHK sind im Internet auf der Homepage des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages (www.rechtsanwaelte.at) dauerhaft bereitzustellen.

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Dr. Rupert Wolff

Präsident

Kundgemacht auf der Homepage des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages (www.rechtsanwaelte.at) am XX.XX.2021. Sofern nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, treten die Änderungen mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.



Erläuterungen

Neuerlass der Allgemeinen Honorar-Kriterien (AHK)

I. Allgemeiner Teil

Hauptgesichtspunkt des Entwurfs:

Aufgrund einer strukturell und sprachlich umfassenden Überarbeitung der AHK werden diese zur Gänze neu erlassen. Inhaltlich sind die Regelungen im Wesentlichen gleichgeblieben. Im Besonderen Teil wird daher lediglich auf die folgenden Änderungen eingegangen, in denen auch inhaltliche Änderungen vollzogen werden:

1. Der Regelungsvorschlag zu § 5 Z 1 lit b und c soll für Rechtsanwaltsanwaltinnen und Rechtsanwaltsanwalter Rechtssicherheit schaffen, indem klargestellt wird, welche Bemessungsgrundlage heranzuziehen ist.
2. Valorisierung der Bemessungsgrundlagen des § 5 aufgrund des Verbraucherpreisindizes, wobei die Valorisierung von §§ 5 Z 20 lit b und 5 Z 24 aufgrund der Erhöhung der Bemessungsgrundlagen im RATG durch das BRAG 2020 (BGBl I 19/2020) erfolgt.
3. Valorisierung der Bemessungsgrundlagen des § 9 Abs 1 aufgrund des Verbraucherpreisindizes.
4. Valorisierung der Bemessungsgrundlagen des § 10 Abs 1 aufgrund des Verbraucherpreisindizes, wobei die Valorisierung von § 10 Abs 1 Z 1 aufgrund der Erhöhung der Bemessungsgrundlage im RATG durch das BRAG 2020 (BGBl I 19/2020) erfolgt.
5. Der Regelungsvorschlag in § 17 Abs 2 soll Rechtsanwaltsanwaltinnen und Rechtsanwaltsanwalten Rechtssicherheit schaffen, indem klargestellt wird, in welcher Hohede eine Verrechnung von Barauslagen für den Versand von elektronischen Nachrichten über sichere Kommunikationswege als angemessen angesehen werden kann.

Kompetenzgrundlage:

Die Zuständigkeit der Vertreterversammlung des Österreichischen Rechtsanwaltskammertags zur Änderung der Allgemeinen Honorar-Kriterien (AHK) ergibt sich aus [§ 40 Abs 3 Z 1 RAO](#) iVm [§ 37 Abs 1 Z 4 RAO](#).

Prüfung gemäß § 37 Abs 2 RAO:

Durch den vorliegenden Regelungsvorschlag ist eine Angelegenheit des § 37 Abs 1 RAO betroffen (§ 37 Abs 1 Z 4 RAO). Der Regelungsvorschlag enthält Änderungen der bestehenden Regelungen um eine Klarstellung, welche Bemessungsgrundlage heranzuziehen ist, zu erreichen, weil die bisherige Regelung in der Praxis Probleme bereitete. Weiters wird die Valorisierung der Bemessungsgrundlagen in §§ 5, 9 und 10 durchgeführt. Ebenso wird eine neue Regelung zur Verrechnung von Barauslagen für den Versand von elektronischen Nachrichten über sichere Kommunikationswege eingefügt, die zur Rechtssicherheit beitragen soll.

Der vorliegende Regelungsvorschlag dient dabei einerseits der Wahrung der geordneten Rechtspflege, aber auch dem Schutz der Verbraucher und Dienstleistungsempfänger. Aus den angeführten Gründen des Allgemeininteresses ist der Regelungsvorschlag objektiv gerechtfertigt.

Der Regelungsvorschlag dient der Schaffung von Rechtssicherheit für Rechtsanwalter bei gleichzeitiger Sicherung der Qualität der Dienstleistung. Der Regelungsvorschlag stellt eine Verbesserung bestehender Regelungen dar und ist geeignet, das angestrebte Ziel in angemessener Weise zu erreichen.

Der Regelungsvorschlag geht nicht über das angestrebte Ziel hinaus.

Der Regelungsvorschlag ist erforderlich, da keine andere Möglichkeit besteht, die in gleicher Weise geeignet ist, das im Allgemeininteresse liegende Ziel zu erreichen, aber die Betroffenen und die Allgemeinheit weniger belastet.

Durch den vorliegenden Regelungsvorschlag kommt es zu keiner direkten oder indirekten Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes.

II. Besonderer Teil

Zu § 3.

Die Bestimmung wurde inhaltsgleich in § 1 Abs 2 übernommen.

Zu § 4.

Die Bestimmung wurde inhaltsgleich in § 2 Abs 2 übernommen.

Zu § 5. Bemessungsgrundlagen

Mit dem Steuerreformgesetz 2015/2016, kundgemacht in BGBl I 118/2015, wurden umfangreiche Änderungen in Bereich der Grunderwerbsteuer vorgenommen. Diese Reform war auch Anlass dafür die AHK zu ändern wobei die damals getroffene Regelung in der Praxis Probleme bereitete. Durch die nunmehrige Änderung soll klargestellt werden, welche Bemessungsgrundlagen heranzuziehen sind.

Aufgrund der Anhebung der Bemessungsgrundlagen im RATG mit dem BRÄG 2020 (BGBl I 19/2020) ergibt sich eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage in § 5 Z 20 lit b von 5 200 Euro auf 6 000 Euro.

Aus demselben Grund ergibt sich die Erhöhung der Bemessungsgrundlage in § 5 Z 24 von 5 200 Euro auf 6 000 Euro.

Alle weiteren in § 5 enthaltenen Bemessungsgrundlagen werden aufgrund der Entwicklung des Verbraucherpreisindizes valorisiert und entsprechend erhöht.

Zu § 9. Honoraransätze

Die in § 9 enthaltenen Bemessungsgrundlagen werden aufgrund der Entwicklung des Verbraucherpreisindizes valorisiert und entsprechend erhöht.

Zu § 10. Anwendung des RATG

Aufgrund der Anhebung der Bemessungsgrundlagen im RATG mit dem BRÄG 2020 (BGBl I 19/2020) ergibt sich eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage in § 10 Abs 1 Z 1 von 5 200 Euro auf 6 000 Euro.

Alle weiteren in § 10 enthaltenen Bemessungsgrundlagen werden aufgrund der Entwicklung des Verbraucherpreisindizes valorisiert und entsprechend erhöht

Zu § 17. Gesonderte Vergütung aller Auslagen

Der bisherige Inhalt des § 17 wird zu § 17 Abs 1. In einem neuen Abs 2 wird eine Regelung darüber getroffen, in welcher Höhe eine Verrechnung von Barauslagen für den Versand von elektronischen Nachrichten über sichere Kommunikationswege als angemessen angesehen werden kann.

Aufgrund der technischen Entwicklung und den wachsenden datenschutzrechtlichen Vorgaben, soll in die AHK eine eigene Regelung hinsichtlich der Verrechnung von Barauslagen für den Versand von elektronischen Nachrichten über sichere Kommunikationswege aufgenommen werden. Entgegen dem nicht verrechenbaren Versand von herkömmlichen E-Mails sollen die Aufwendungen des Rechtsanwaltes für die kostenpflichtige sichere Kommunikation mit dem Mandanten abgegolten werden. Die vorgesehene Regelung kann als angemessen betrachtet werden und entspricht der bisherigen Praxis.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

1. Teil

Sachlicher Anwendungsbereich

Honorarvereinbarung

§ 1. Der Honoraranspruch des Rechtsanwalts ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. In Ermangelung einer Vereinbarung wird vorbehaltlich gesetzlicher Honorarregeln gemäß §§ 1004, 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet.

§ 1. (1) Der Honoraranspruch des Rechtsanwalts ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. In Ermangelung einer Vereinbarung wird vorbehaltlich gesetzlicher Honorarregeln gemäß §§ 1004, 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet.

(2) Für eine Vereinbarung gemäß §1 wird Schriftform empfohlen.

Beurteilung der Angemessenheit des Honorars

§ 2. Nach gefestigter Standesauffassung dienen im Interesse der Rechtspflege insbesondere zum Schutz der Auftraggeber die nachstehenden Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit des Honorars.

§ 2. (1) Nach gefestigter Standesauffassung dienen im Interesse der Rechtspflege insbesondere zum Schutz der Auftraggeber die nachstehenden Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit des Honorars.

(2) Die Honoraransätze setzen Leistungen eines Rechtsanwalts voraus. Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Honorars ist zu berücksichtigen, ob diese Leistungen nach Art oder Umfang den Durchschnitt erheblich übersteigen oder unterschreiten.

§ 3. Für eine Vereinbarung gemäß §1 wird Schriftform empfohlen.

§ 3. **[aufgehoben]**

§ 4. Die Honoraransätze setzen Leistungen eines Rechtsanwalts voraus. Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Honorars ist zu berücksichtigen, ob diese Leistungen nach Art oder Umfang den Durchschnitt erheblich übersteigen oder unterschreiten.

§ 4. **[aufgehoben]**

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

2. Teil Zivil- und Verwaltungssachen

Bemessungsgrundlagen

§ 5. Als Bemessungsgrundlagen für Honoraransätze (§ 4) können, soweit sich nicht auf Grund des Interesses des Auftraggebers oder aus der Sache selbst ein anderer Wert ergibt, nachstehende Beträge als angemessen betrachtet werden:

1. Abgabensachen (Steuern, Gebühren und Beiträge)
 - a) bei Streitigkeiten der strittige Betrag,
 - b) bei Abgabenerklärungen (Selbstberechnungen) der Wert der steuerlichen Bemessungsgrundlage,
 - c) *aufgehoben*,
 - d) sonst 3.600
2. Adoptionssachen
der Wert des Vermögens des an Kindes Statt Annehmenden,
sonst **7.000**
3. Agrarsachen
bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag
oder der Verkehrswert des betreffenden Rechtes,
sonst **13.100**
4. Bausachen
 - a) geringfügige **7.000**

§ 5. Als Bemessungsgrundlagen für Honoraransätze (§ 2) können, soweit sich nicht auf Grund des Interesses des Auftraggebers oder aus der Sache selbst ein anderer Wert ergibt, nachstehende Beträge als angemessen betrachtet werden:

1. Abgabensachen (Steuern, Gebühren und Beiträge)
 - a) bei Streitigkeiten der strittige Betrag,
 - b) für Abgabenerklärungen (Selbstberechnungen) nach §§ 30 b und 30 c EStG 1988 der Wert der Gegenleistung iSd § 5 GrEStG 1987, falls jedoch eine solche nicht vorhanden ist, der Grundstückswert iSd § 4 GrEStG 1987,
 - c) bei sonstigen Abgabenerklärungen (Selbstberechnungen) der Wert der steuerlichen Bemessungsgrundlage,
 - d) sonst **4 000 Euro**
2. Adoptionssachen
 - a) der Wert des Vermögens des an Kindes Statt Annehmenden,
 - b) sonst **7 700 Euro**;
3. Agrarsachen
 - a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag,
 - b) oder der Verkehrswert des betreffenden Rechtes,
 - c) sonst **14 400 Euro**;
4. Bausachen
 - a) geringfügige **7 700 Euro**,

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

- b) mittlere 26.200
- c) Großprojekte 217.200
- 5. Bergrechtssachen 43.200
- 6. Bestandsachen
der dreifache Jahresbestandzins,
sonst
 - a) bei Geschäftsräumlichkeiten 13.100
 - b) bei Wohnungen bis zu drei Wohnräumen 7.000
 - c) sonstige Wohnungen 10.500
 - d) in Verfahren gemäß § 18 des Mietrechtsgesetzes der dreifache Jahresbetrag der Mietzinserhöhung.
- 7. Dienstbarkeits- und Reallastsachen bei wiederkehrenden Leistungen
der dreifache Jahresbetrag oder der Verkehrswert des betreffenden
Rechtes,
sonst 7.000
- 9. Elektrizitätssachen 13.100
- 10. Enteignungssachen
der geltend gemachte Entschädigungsbetrag,
sonst 2.600
- 11. Fischereisachen
der dreifache Jahrespachtzins,
sonst 13.100

Vorgeschlagene Fassung

- b) mittlere 28 800 Euro,
- c) Großprojekte 238 900 Euro;
- 5. Bergrechtssachen 47 500 Euro;
- 6. Bestandsachen der dreifache Jahresbestandzins, sonst
 - a) bei Geschäftsräumlichkeiten 14 400 Euro,
 - b) bei Wohnungen bis zu drei Wohnräumen 7 700 Euro,
 - c) bei sonstigen Wohnungen 11 600 Euro,
 - d) in Verfahren gemäß § 18 des Mietrechtsgesetzes der dreifache Jahresbetrag der Mietzinserhöhung;
- 7. Dienstbarkeits- und Reallastsachen
 - a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag oder der Verkehrswert des betreffenden Rechtes,
 - b) sonst 7 700 Euro;
- 9. Elektrizitätssachen 14 400 Euro;
- 10. Enteignungssachen
 - a) der geltend gemachte Entschädigungsbetrag,
 - b) sonst 2 900 Euro;
- 11. Fischereisachen
 - a) der dreifache Jahrespachtzins,
 - b) sonst 14 400 Euro;

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

12. Forstrechtssachen, soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen handelt,
- a) für Besitz bäuerlichen Umfangs 13.100
 - b) für Großwaldbesitz 130.800
13. Gewerbesachen, soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen im Betriebsanlagenrecht handelt,
- a) für Kleinbetriebe 13.100
 - b) für mittlere Betriebe 43.200
 - c) für größere Betriebe 86.400
 - d) für Großbetriebe 217.200
14. Gewerblicher Rechtsschutz
Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes und Immaterialgüterrechtes 43.200
15. Grenzberichtigungs- und -erneuerungssachen
der Wert der strittigen Fläche,
sonst 5.200
16. Insolvenzsachen (Vertretung des Schuldners)
- I. Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung
das Erfüllungserfordernis einschließlich der bevorrechteten Forderungen
 - II. Konkursverfahren
- a) bei Abschluss eines Sanierungsplans das Erfüllungserfordernis einschließlich der Masseforderungen,

12. Forstrechtssachen, soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen handelt,
- a) für Besitz bäuerlichen Umfangs 14 400 Euro,
 - b) für Großwaldbesitz 143 900 Euro;
13. Gewerbesachen, soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen im Betriebsanlagenrecht handelt,
- a) für Kleinbetriebe 14 400 Euro,
 - b) für mittlere Betriebe 47 500 Euro,
 - c) für größere Betriebe 95 000 Euro,
 - d) für Großbetriebe 238 900 Euro;
14. Gewerblicher Rechtsschutz und Immaterialgüterrecht 47 500 Euro;
15. Grenzberichtigungs- und -erneuerungssachen
- a) der Wert der strittigen Fläche,
 - b) sonst 6 000 Euro
16. Insolvenzsachen (Vertretung des Schuldners)
- a) im Sanierungsverfahren das Erfüllungserfordernis (einschließlich der Masseforderungen)
 - b) [aufgehoben]
 - c) bei sonstiger Beendigung des Insolvenzverfahrens das zu verteilende Vermögen
 - d) sonst 14 400 Euro,

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

b) bei Beendigung des Insolvenzverfahrens auf andere Art das zu verteilende Vermögen,

sonst 13.100

III. Leistungen in Insolvenzsachen, die sich auf Aus- oder Absonderungsrechte beziehen, sind gesondert zu bewerten

17. Jagdrechtssachen

der dreifache Jahrespachtzins,

sonst 26.200

18. Kartellsachen

a) Bagatellkartell oder Vertriebsbindungen 43.200

b) sonstige 174.000

19. In Angelegenheiten des Kraftfahrgesetzes 1967 und des Führerscheinggesetzes 10.500

20. letztwillige Verfügungen

der Wert des Vermögens über das verfügt wird,

sonst 5.200

23. Personenstandsachen 10.500

24. Pflugschaftssachen, mit Ausnahme von Unterhaltssachen, 5.200

25. Sachwaltersachen

der Wert des betroffenen Vermögens,

sonst 7.000

26. Staatsbürgerschaftssachen 10.500

Vorgeschlagene Fassung

e) Leistungen in Insolvenzsachen, die sich auf Aus- oder Absonderungsrechte beziehen, sind gesondert zu bewerten;

17. Jagdrechtssachen

a) der dreifache Jahrespachtzins,

b) sonst 28 800 Euro;

18. Kartellsachen

a) Bagatellkartell oder Vertriebsbindungen 47 500 Euro

b) sonst 191 400 Euro;

19. in Angelegenheiten des Kraftfahrgesetzes 1967 und des Führerscheinggesetzes 11 600 Euro;

20. letztwillige Verfügungen

a) der Wert des Vermögens über das verfügt wird,

b) sonst 6 000 Euro

23. Personenstandsachen 11 600 Euro;

24. Pflugschaftssachen, mit Ausnahme von Unterhaltssachen, 6 000 Euro;

25. In Angelegenheiten der Erwachsenenvertretung

a) der Wert des betroffenen Vermögens,

b) sonst 7 700 Euro;

26. Staatsbürgerschaftssachen 11 600 Euro;

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

27. Todeserklärungssachen
der Wert des Vermögens des für tot zu Erklärenden,
sonst **7.000**
28. Umweltschutzsachen
im Betriebsanlagenrecht, Dampfkesselemissions- und
Luftreinhalterecht, Forst- und Wasserrecht sowie Entsorgungsrecht
im Zusammenhang mit Großanlagen, **43.200**
sonst **13.100**
29. Urheber- und Verlagsrechtssachen **43.200**
30. Vereinssachen
der Wert des Vermögens,
sonst **10.500**
32. Wasserrechtssachen soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen
handelt **13.100**
33. Wohnungseigentumssachen (ausgenommen Liegenschaftsverkehr
nach Z 21)
a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag
b) sonst **7.000**
34. Sonstige Zivil- und Verwaltungssachen
a) sehr einfacher Natur und von geringer Bedeutung **4.000**
b) im allgemeinen **16.000**

Vorgeschlagene Fassung

27. Todeserklärungssachen
a) der Wert des Vermögens des für tot zu Erklärenden,
b) sonst **7 700 Euro**;
28. Umweltschutzsachen
a) im Betriebsanlagenrecht, Dampfkesselemissions- und
Luftreinhalterecht, Forst- und Wasserrecht sowie Entsorgungsrecht im
Zusammenhang mit Großanlagen **47 500 Euro**,
b) sonst **14 400 Euro**;
29. Urheber- und Verlagsrechtssachen **47 500 Euro**;
30. Vereinssachen
a) der Wert des Vermögens,
b) sonst **11 600 Euro**;
32. Wasserrechtssachen soweit es sich nicht um Umweltschutzsachen
handelt **14 400 Euro**;
33. Wohnungseigentumssachen (ausgenommen Liegenschaftsverkehr
nach Z 21)
a) bei wiederkehrenden Leistungen der dreifache Jahresbetrag
b) sonst **7 700 Euro**;
34. sonstige Zivil- und Verwaltungssachen
a) sehr einfacher Natur und von geringer Bedeutung **4 400 Euro**,
b) im allgemeinen **17 600 Euro**,

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

c) bei weittragender Bedeutung **42.000**

35. Verfahren vor den Verwaltungsgerichten wegen der Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt, einschließlich Beschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz. **26.200**

36. Patientenverfügung **16.000**

37. Vorsorgevollmacht

a) der Wert des Vermögens

b) sonst **16.000**

§ 7. (1) ...

(2) Bei Abrechnung des Honorars nach Einzelleistungen kann der Ansatz nach **TP 7/2** RATG auch für ein Aktenstudium in der eigenen Kanzlei angewendet werden, das nach Art und Umfang das zur Vorbereitung anwaltlicher Leistungen üblicherweise notwendige Aktenstudium erheblich (im Sinne des **§ 4**) übersteigt.

(3) Ungeachtet darüber hinausgehender Antrags- und Prüfungserfordernisse kann die kanzleiinterne Recherche im Zusammenhang mit den Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nach **TP 7 Abs. 2** RATG verrechnet werden.

Vorgeschlagene Fassung

c) bei weittragender Bedeutung **46 200 Euro**;

35. in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten wegen der Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt, einschließlich Beschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz **28 800 Euro**;

36. Patientenverfügungen **17 600 Euro**;

37. Vorsorgevollmachten

a) der Wert des Vermögens

b) sonst **17 600 Euro**.

Streitgenossenzuschlag und andere Honorarzuschläge

§ 7. (1) ...

(2) Bei Abrechnung des Honorars nach Einzelleistungen kann der Ansatz nach **TP 7/2 (Abs. 1 letzter Satz)** RATG auch für ein Aktenstudium in der eigenen Kanzlei angewendet werden, das nach Art und Umfang das zur Vorbereitung anwaltlicher Leistungen üblicherweise notwendige Aktenstudium erheblich (im Sinne des **§ 2 Abs. 2**) übersteigt.

(3) Ungeachtet darüber hinausgehender Antrags- und Prüfungserfordernisse kann die kanzleiinterne Recherche im Zusammenhang mit den Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nach **TP 7/2** RATG verrechnet werden.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

§ 9. (1) In offiziosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen sind als Honoraransätze angemessen:

1. In bezirksgerichtlichen Verfahren

a) Hauptverhandlungen 1. Instanz

für die erste halbe Stunde 164

für jede weitere halbe Stunde 82

b) für die Ausführung der vollen Berufung und die Gegenausführung hiezu 326

c) für die Ausführung der Berufung nur wegen Strafe und die Gegenausführungen hiezu 244

d) Berufungsverhandlungen gemäß lit b für die erste halbe Stunde 326

für jede weitere halbe Stunde 164

e) Berufungsverhandlungen gemäß lit c für die erste halbe Stunde 244

für jede weitere halbe Stunde 122

2. In einzelrichterlichen Verfahren des Gerichtshofes mit Ausnahme der im § 61 Abs 1 Z 5 StPO angeführten Verfahren

a) Hauptverhandlungen 1. Instanz

für die erste halbe Stunde 286

Vorgeschlagene Fassung

3. Teil Straf- und Disziplinarsachen

Honoraransätze

§ 9. (1) In offiziosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen sind als Honoraransätze angemessen:

1. In bezirksgerichtlichen Verfahren:

a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 182 Euro und für jede weitere halbe Stunde 91 Euro.

b) Für die Ausführung der vollen Berufung und die Gegenausführung dazu 360 Euro.

c) Für die Ausführung der Berufung nur wegen Strafe und die Gegenausführungen dazu 270 Euro.

d) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. b für die erste halbe Stunde 360 Euro und für jede weitere halbe Stunde 180 Euro.

e) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. c für die erste halbe Stunde 270 Euro und für jede weitere halbe Stunde 135 Euro.

2. In einzelrichterlichen Verfahren des Gerichtshofes mit Ausnahme der im § 61 Abs. 1 Z 5 StPO angeführten Verfahren:

a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 316 Euro und für jede weitere halbe Stunde 158 Euro.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

- für jede weitere halbe Stunde **144**
- b) für die Ausführung der vollen Berufung und die Gegenausführung hiezu **570**
- c) für die Ausführung der Berufung nur wegen Strafe und die Gegenausführungen hiezu **428**
- d) Berufungsverhandlungen gemäß lit b für die erste halbe Stunde **570**
für jede weitere halbe Stunde **286**
- e) Berufungsverhandlungen gemäß lit c für die erste halbe Stunde **428**
für jede weitere halbe Stunde **214**
3. In schöffengerichtlichen Verfahren und in einzelrichterlichen Verfahren gemäß § 61 Abs 1 Z 5 StPO
- a) Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde **408**
für jede weitere halbe Stunde **204**
- b) für die Ausführung der Berufung und die Gegenausführungen hiezu **610**
- c) Berufungsverhandlungen für die erste halbe Stunde **610**
für jede weitere halbe Stunde **306**
- d) für die Ausführung der Nichtigkeitsbeschwerde und die Gegenausführungen hiezu **814**
- e) Gerichtstage über Nichtigkeitsbeschwerden

Vorgeschlagene Fassung

- b) Für die Ausführung der vollen Berufung und die Gegenausführung dazu **628 Euro**.
- c) Für die Ausführung der Berufung nur wegen Strafe und die Gegenausführungen dazu **472 Euro**.
- d) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. b für die erste halbe Stunde **628 Euro** und für jede weitere halbe Stunde **314 Euro**.
- e) In Berufungsverhandlungen gemäß lit. c für die erste halbe Stunde **472 Euro** und für jede weitere halbe Stunde **236 Euro**.
3. In schöffengerichtlichen Verfahren und in einzelrichterlichen Verfahren gemäß § 61 Abs. 1 Z 5 StPO:
- a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde **450 Euro** und für jede weitere halbe Stunde **225 Euro**.
- b) Für die Ausführung der Berufung und die Gegenausführungen dazu **672 Euro**.
- c) In Berufungsverhandlungen für die erste halbe Stunde **672 Euro** und für jede weitere halbe Stunde **336 Euro**.
- d) Für die Ausführung der Nichtigkeitsbeschwerde und die Gegenausführungen dazu **896 Euro**.
- e) Bei Gerichtstagen über Nichtigkeitsbeschwerden für die erste halbe Stunde **896 Euro** und für jede weitere halbe Stunde **448 Euro**.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

für die erste halbe Stunde 814

für jede weitere halbe Stunde 408

4. In geschworenengerichtlichen Verfahren

a) Hauptverhandlungen 1. Instanz

für die erste halbe Stunde 488

für jede weitere halbe Stunde 244

b) für die Ausführung der Berufung und die
Gegenausführungen hiezu 732

c) Berufungsverhandlungen

für die erste halbe Stunde 732

für jede weitere halbe Stunde 366

d) für die Ausführung der Nichtigkeitsbeschwerde und die
Gegenausführungen hiezu 976

e) Gerichtstage über Nichtigkeitsbeschwerden

für die erste halbe Stunde 976

für jede weitere halbe Stunde 488

5. Haftverfahren

a) Verhandlungen 1. Instanz

für die erste halbe Stunde 286

für jede weitere halbe Stunde 144

b) für Grundrechtsbeschwerden 570

für sonstige Beschwerden 408

c) Verhandlungen 2. Instanz

Vorgeschlagene Fassung

4. In geschworenengerichtlichen Verfahren:

a) In Hauptverhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 538 Euro
und für jede weitere halbe Stunde 269 Euro.

b) Für die Ausführung der Berufung und die Gegenausführungen dazu 806
Euro.

c) In Berufungsverhandlungen für die erste halbe Stunde 806 Euro und für
jede weitere halbe Stunde 403 Euro

d) Für die Ausführung der Nichtigkeitsbeschwerde und die
Gegenausführungen dazu 1 074 Euro.

e) Bei Gerichtstagen über Nichtigkeitsbeschwerden für die erste halbe
Stunde 1 074 Euro und für jede weitere halbe Stunde 537 Euro.

5. In Haftverfahren:

a) In Verhandlungen 1. Instanz für die erste halbe Stunde 316 Euro und für
jede weitere halbe Stunde 158 Euro.

b) Für Grundrechtsbeschwerden 628 Euro und für sonstige Beschwerden
450 Euro.

c) In Verhandlungen 2. Instanz für die erste halbe Stunde 450 Euro und für
jede weitere halbe Stunde 225 Euro.

Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

für die erste halbe Stunde 408

für jede weitere halbe Stunde 204

Vorgeschlagene Fassung

Anwendung des RATG

§ 10. (1) Für Leistungen des Rechtsanwalts in offiziosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen, die nicht in § 9 erwähnt sind, sind die Honoraransätze der TP 1 bis 3 und TP 5 bis 9 RATG unter Zugrundelegung folgender Bemessungsgrundlagen angemessen:

in Fällen gemäß § 9 Abs 1 Z 1 5.200

in Fällen gemäß § 9 Abs 1 Z 2 13.100

in Fällen gemäß § 9 Abs 1 Z 3 20.900

in Fällen gemäß § 9 Abs 1 Z 4 26.200

in Fällen gemäß § 9 Abs 1 Z 5

entsprechend Z 1 bis 4,

mangels Bestimmbarkeit 13.100

§ 10. (1) Für Leistungen des Rechtsanwalts in offiziosen Strafsachen wegen gerichtlich strafbarer Handlungen, die nicht in § 9 erwähnt sind, sind die Honoraransätze der TP 1 bis 3 und TP 5 bis 9 RATG unter Zugrundelegung folgender Bemessungsgrundlagen angemessen:

1. 6 000 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 1

2. 14 400 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 2

3. 23 000 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 3

4. 28 800 Euro in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 4

5. in Fällen gemäß § 9 Abs. 1 Z 5 entsprechend Z 1 bis 4,

6. mangels Bestimmbarkeit 14 400 Euro.

Gesonderte Vergütung aller Auslagen

§ 17. Die Bestimmung des § 16 RATG über die gesonderte Vergütung aller Auslagen einschließlich der Umsatzsteuer gilt auch für jene Leistungen, deren Entlohnung nicht durch das RATG bestimmt werden.

§ 17. (1) Die Bestimmung des § 16 RATG über die gesonderte Vergütung aller Auslagen einschließlich der Umsatzsteuer gilt auch für jene Leistungen, deren Entlohnung nicht durch das RATG bestimmt werden.

(2) Für den Versand von elektronischen Nachrichten über sichere Kommunikationswege kann die Verrechnung von 50 Cent pro Nachricht als Barauslage als angemessen angesehen werden, sofern im Einzelfall kein höherer Aufwand nachgewiesen wird.